

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	<p>Sachverhalt: Herr A hat eine Bewilligung erhalten für einen Umbau bzw. einen Hausanbau für einen Teil der Wohnung und aussen einen Geräteraum. A setzt sich über die Baubewilligung hinweg, den Geräteraum schlägt er der Wohnung zu und zusätzlich baut er Fenster ein.</p> <p>Die Gemeinde erlässt ein Bewilligungsverbot für den Geräteraum und stellt ihm eine Wiederherstellungsverfügung zu.</p> <p>Sie sind nun Anwalt von Herrn A. Was tun sie?</p>	<p>Es geht um Baurecht genau gesagt um eine Umnutzung, welche baubewilligungspflichtig ist. Die Baupolizeibehörde hat gemäss Art. 46 Abs. 2 BauG eine Wiederherstellungsverfügung erlassen. Nach Art. 46 Abs. 2 lit. b BauG wird die Wiederherstellungsverfügung jedoch aufgeschoben, wenn der Pflichtige innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung ein Gesuch um nachträgliche Baubewilligung einreicht. Folglich muss eine nachträgliche Baubewilligung an die Baubewilligungsbehörde eingereicht werden.</p>
		Wir nehmen an, in der Wiederherstellungsverfügung steht: sofortiges Benützungsverbot und sofortige Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes.	Die Verfügung wäre dann sofort vollstreckbar. Nach Art. 49 Abs. 1 BauG können aber Verfügungen gemäss Artikel 45–48 und damit zusammenhängende Kostenverfügungen innert 30 Tagen seit Eröffnung mit Beschwerde bei der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion angefochten werden.
		Im vorliegenden Fall haben wir zwei Sachen: Ein Benützungsverbot und eine Wiederherstellung.	Bezüglich des Benützungsverbots Beschwerde an die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion führen.
		Hat die Beschwerde aufschiebende Wirkung?	Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Verfügung ist sofort vollstreckbar.
		Was machen sie mit der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes?	Ich reiche ein Gesuch um nachträgliche Baubewilligung ein.
		<p>Nehmen wir an, Herr A möchte nun eine Projektänderung vornehmen. Er möchte anstelle des Geräteraumes ein Zimmer machen. Muss er dafür eine Beschwerde gegen die Wiederherstellungsverfügung machen oder eine Projektänderung? Den Geräteraum möchte er dann in einem anderen Zimmer machen.</p>	<p>In Art. 46 BauG ist es nicht explizit vorgesehen. In der nachträglichen Baubewilligung gibt es jedoch Spielraum d.h. in nachträglicher Baubewilligung kann er eine Projektänderung geltend machen.</p>
		Hat er Chancen?	Nicht grundsätzlich ausgeschlossen, es braucht jedoch eine klare Trennung zwischen Wohnen und Werken.

	<p>Ist A gut- oder bösgläubig?</p> <p>Hat A auch Anspruch auf Verhältnismässigkeitsprüfung? Ist die ein genereller Grundsatz bei staatlichem Handeln auch bei bösgläubigen Bürgern?</p> <p>Welches ist die nächste Instanz nach der BVE?</p> <p>Kann erst vor Verwaltungsgericht die Projektänderung geltend gemacht werden?</p> <p>Nun einige Fragen zum Staatsrecht. Nach welchen Regeln werden die Mitglieder des Regierungsrates gewählt?</p> <p>Wie wird dieser Sitz berücksichtigt?</p> <p>Es wird ein politischer Entscheid gefällt, wonach der Regierungsrat neu nach dem Proporzwahlverfahren gewählt wird. Ist dies möglich?</p> <p>Gibt es Kantone die bereits das Proporzwahlverfahren für den Regierungsrat haben?</p> <p>Wie wäre es möglich das Proporzwahlverfahren einzuführen und trotzdem dem Berner Jura einen festen Sitz zu gewähren?</p> <p>Wäre es möglich 6x nach Proporz und 1x nach Mehrheit zu wählen d.h. ein gemischtes Verfahren?</p> <p>Kann der Grosse Rat eine Motion machen und sagen, dass der Finanzhaushalt geändert werden soll? Konkret Art. 45 des Finanzhaushaltsgesetzes sei zu ändern</p>	<p>Er ist bösgläubig, er setzt sich bewusst über die Baubewilligung hinweg.</p> <p>Ja, auch bei grobem Vorsatz.</p> <p>Gemäss Art. 49 Abs. 2 BauG ist die Beschwerde an das Verwaltungsgericht möglich.</p> <p>Es müsste geprüft werden, ob es sich um ein Novum handelt.</p> <p>Dies regelt die kantonale Verfassung (KV). Der Regierungsrat wird durchs Volk im Mehrheitswahlverfahren gewählt. Art. 56 Abs. 1 lit. b und Art. 85 KV. Der Berner Jura hat definitiv 1 Sitz im Regierungsrat.</p> <p>Art. 85 Abs. 4 KV: Die von den Kandidatinnen und Kandidaten des Berner Jura erzielten Stimmen werden für den Gesamtkanton und für den Berner Jura getrennt ermittelt. Massgebend für die Zuteilung des dem Berner Jura vorbehaltenen Sitzes ist das höchste geometrische Mittel der beiden Ergebnisse. Für die Wahl im ersten Wahlgang ist gleichzeitig die absolute Mehrheit der Stimmen des Gesamtkantons erforderlich.</p> <p>Dies bedarf einer Verfassungsänderung.</p> <p>Ja, dies ist möglich.</p> <p>Mann muss das Quorum erreichen für eine Verfassungsänderung und dabei eine Spezialregelung einfügen.</p> <p>Dies wäre möglich, man müsste aber schauen, ob es nicht übergeordnetem Recht widerspricht.</p> <p>Ja, denn der Grosse Rat erlässt Gesetze.</p>
--	---	--

		<p>Kann der Grosse Rat den Regierungsrat einen Auftrag erteilen, dass er den Finanzhaushalt ändern soll in einer Verordnung?</p> <p>Der Grosse Rat ist mit der Antwort des Regierungsrates (dass er keine Änderung vornehmen will) nicht einverstanden. Was kann er machen? Kann sich der Grosse Rat durchsetzen.</p> <p>Was wissen sie über das Kollegialitätsprinzip?</p>	<p>Der Regierungsrat macht nach Art. 88 Abs. 2 KV Verordnungen. Der Regierungsrat hat abschliessend zu entscheiden. Der Auftrag ist aber nur wie eine Richtlinie.</p> <p>Der Grosse Rat kann Gesetz ändern, dass Verordnung rechtswidrig wird, kann aber nicht direkt Verordnung ändern.</p> <p>Der Regierungsrat tritt gegen aussen als Einheit auf. Die Einzelnen müssen sich an die Entscheide des Regierungsrates halten.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	Seit dem 1. Oktober 2016 gibt es eine Landesverweisung im Strafrecht. Kann die Landesverweisung im Strafbefehlsverfahren angeordnet werden? Geständnis etc. sind Voraussetzungen alle erfüllt?	Die Landesverweisung kann nicht im Strafbefehl gemacht werden, eine Verbindung mit Massnahme nach Art. 352 Abs. 2 StPO ist schwierig.
		Welche Massnahmen können mit Strafbefehl verknüpft werden?	Art. 66 – 72 StGB. In Art. 66 a StGB ist die Landesverweisung geregelt.
		Was ist, wenn man dies aus Effizienzgründen eingeführt wurde?	Dieses Verfahren ist effizient und geht viel schneller. Die Rechte gehen jedoch zu kurz, es ist ein zu starker Eingriff.
		In gewissen Fällen hat Gericht Härtefall angenommen. Kann Staatsanwaltschaft in Strafbefehl dies erlassen.	Im Strafbefehl könnte dann untersucht werden, ob ein Härtefall vorliegt.
		Die STA sagt ja auch bei Drogendelikten sei es nicht möglich.	Ja es sollte nicht anders behandelt werden als andere Straftaten.
		Im Gesetz steht, dass Gericht kann...	Dies ist ein Problem, weil die Staatsanwaltschaft den Strafbefehl erlässt.
		Wenn die Staatsanwaltschaft in Strafbefehl einen Härtefall annimmt auf Landesverweisung verurteilt, wie muss sie es in Strafbefehl erwähnen? Wie ist die praktische Umsetzung? Wird es im Dispositiv des Strafbefehls erwähnt?	Die Begründungen im Strafbefehl sind meist mager, d.h. im Dispo aussprechen. Der Inhalt ist in Art. 353 StPO geregelt.
		Angenommen die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage der Landesverweisung.	Das Gericht kann andere rechtliche Würdigung machen. Muss es in Urteil einfließen lassen und Voraussetzung der Landesverweisung erwähnen. Dies, weil es den Härtefall begründen muss.
		Kann man den Täter von Massnahmen freisprechen?	Nein, das ist nicht möglich.
		Müssen alle Urteile schriftlich begründet werden?	Nein, zum Teil erst bei der Berufung.
		Im vorliegenden Fall gab es keine Berufung und es wurde auf eine Landesverweisung verzichtet, wie fliesst dies in Akten?	Es könnte ins Dispo als Verzicht auf Massnahme kommen oder als Gerichtsnotiz festgehalten werden.
		Hat die Privatklägerschaft Einspruchsmöglichkeit, wenn Staatsanwaltschaft auf Landesverweisung verzichtet?	Art. 354 StPO: Privatklägerschaft ist nicht aufgeführt. Sie kann aber auch Einsprache machen, wenn sie ein rechtlich geschütztes Interesse hat z.B. wenn Zivilforderung.

		<p>Kann eine Landesverweisung einen Einfluss auf Zivilforderung haben?</p> <p>Kann im Strafbefehl Zivilklage bewertet werden?</p> <p>Was ist, wenn Zivilanspruch anerkannt vorgemerkt wird?</p> <p>Welche Auswirkungen hat es im Betreibungsverfahren?</p> <p>Wieso gibt es Entscheide über Zivilklagen im Strafbefehlsverfahren?</p> <p>Soll die Staatsanwaltschaft auch neu über Zivilforderungen entscheiden können?</p> <p>Ein Strafbefehl wird ausgestellt und mit Einschreiben zugestellt. Dieses Einschreiben wird jedoch nicht abgeholt.</p> <p>Welches ist die Voraussetzung für eine Ausnahme?</p> <p>Eine Person wird von der Polizei einvernommen. Zustellung einer Anzeige bei der Arbeit, genügt dies für die Voraussetzungen eines Prozessrechtsverhältnisses?</p> <p>Was könnte man zusätzlich noch machen?</p> <p>Kann die Staatsanwaltschaft ein Befehl des Beschwerdekammerentscheides anfechten?</p>	<p>Nein, sie kann deshalb Strafbefehl nicht anfechten.</p> <p>Nein, es wird auf den Zivilweg verwiesen.</p> <p>z.B. Schuldkatalog SchKG</p> <p>Es ist ein definitiver Rechtsöffnungstitel.</p> <p>Dies dient der Entlastung der Zivilgerichte. Es ist sinnvoll über Zuständigkeit zu entscheiden, die Staatsanwaltschaft ist jedoch kein Gericht.</p> <p>Dies ist schwierig.</p> <p>Normalerweise wird auf die Zustellung abgestellt. Es gibt im Strafbefehlsverfahren aber auch Ausnahmen, wo es auch als zugestellt gilt.</p> <p>Es muss ein Prozessrechtsverhältnis vorliegen.</p> <p>Das Bundesgericht führt aus, dass es nicht genügt.</p> <p>z.B. Persönliche Übergabe, Polizei soll mitteilen, dass er mit einem Strafbefehl rechnen muss.</p> <p>Dieser kann durch die Staatsanwaltschaft nicht angefochten werden.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönimann	<p>Es geht um eine Streitigkeit um einen Aktenbindungsvertrag. Die A AG und die B AG haben einen Aktienbindungsvertrag in Bezug auf die Gesellschaft C abgeschlossen. Die Differenzen beginnen als die A AG den Vertrag gegenüber der B AG kündigt aus mangelhaftem Grund mit sofortiger Wirkung. Der Vertrag hätte noch ein paar Jahre gedauert. Sie sind nun Anwalt der B AG, was kann man machen?</p> <p>Wie lauten die Rechtsbegehren?</p> <p>Materiell rechtlich muss beachtet werden: Eine Kündigung ist gestaltend ob zu Recht oder zu Unrecht. Wenn die Kündigung somit nicht begründet ist d.h. unwirksam muss was eingeklagt werden?</p> <p>Welche weitere Klagewirkung? In 2 Monaten ist die GV, die A AG sagt der B AG, dass sie den von ihr gestellten Verwaltungsrat nicht wählen wird.</p> <p>Welche Rechtsbegehren sind bezüglich der Wahl des Verwaltungsrates zu erheben?</p> <p>Welches sind die Voraussetzungen für die vorsorglichen Massnahmen?</p> <p>Was ist mit Inhalt gemein. Mit der Anordnung hat man wohl definitiv den Zustand den man erreichen will.</p> <p>Bei Entscheiden die vorsorgliche Massnahmen bejaht haben. Wo liegt da die sachliche Zuständigkeit?</p>	<p>Man kann Klage erheben, muss jedoch aktienrechtliche Spezialbestimmungen berücksichtigen.</p> <p>Die Kündigung des Aktienbindungsvertrages sei aufzuheben.</p> <p>Feststellungsbegehren d.h. Kündigung ist ungültig/unwirksam.</p> <p>Es sind vorsorgliche Massnahmen angezeigt.</p> <p>Antragsweise der von der B AG vorgesehene Verwaltungsrat sei zu wählen.</p> <p>Art. 261 ZPO Eine Verletzung des Anspruchs ist zu befürchten, i.c. die GV findet in 2 Monaten statt. Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben. Zudem muss es verhältnismässig sein und einen nicht wieder gutzumachenden Nachteil verursachen. Zudem muss der Inhalt eingehalten werden.</p> <p>Art. 262 ZPO regelt was man alles in einer Anordnung regeln kann.</p> <p>Bei beiden AGs handelt es sich um jur. Personen. Es könnte daher beim Handelsgericht liegen nach Art. 6 Abs. 2 ZPO. Die geschäftliche Tätigkeit muss zudem betroffen sein, i.c. geht es eher um internes Geschäft.</p>

	<p>Die A und B AG sind an der C beteiligt.</p> <p>Die Gegenseite ist der Meinung, die A AG ist nicht Gegenstand der Beteiligung, es liegt lediglich ein Streitwert von 10'000 vor d.h. nach ihrer Ansicht fehlt der Streitwert von 30'000. Was würde passieren?</p> <p>Heute läuft die Klageantwortfrist aus. Was kann man machen?</p> <p>Bezüglich der sachlichen Zuständigkeit. Ist es möglich nur die sachliche Zuständigkeit zum Thema zu machen, gestützt auf welche Bestimmung? (Prozessleitung)</p> <p>Wer entscheidet über Antrag auf Beschwerdeantwort?</p> <p>Klageantwort wird eingereicht, wie geht es weiter? Ist der Streitwert gegeben?</p> <p>Was passiert, wenn Fristverlängerung verpasst wird? Klageantwort auf sachliche Zuständigkeit eingereicht, jedoch nichts zur Sache eingereicht.</p> <p>Das Gericht entscheidet die Zuständigkeit ist gegeben. Ist dieser Entscheid anfechtbar als Anwalt von der B AG?</p>	<p>Aus diesem Grund ist die geschäftliche Tätigkeit zu bejahen. Es betrifft das Handeln gegen aussen. Der Streitwert muss über 30'000 sein. Beteiligung hat mehr Wert (50% an 100'000, somit beträgt der Streitwert 50'000). Folglich ist das Handelsgericht sachlich zuständig.</p> <p>Sie müssen einen Nichteintretens-Antrag an das Handelsgericht stellen, mangels Zuständigkeit.</p> <p>Ein Fristerstreckungsgesuch machen.</p> <p>Art. 124 ff ZPO</p> <p>Es ist das Einführungsgesetz der ZPO heranzuziehen.</p> <p>Dies wird in einem Prozessentscheid d.h. durch das ganze Kollegium gefällt.</p> <p>Es kann eine Wiederherstellung der Frist beantragt werden. Art. 148 ZPO.</p> <p>Zuständigkeitsentscheid kann nicht angefochten werden, weil kein rechtlicher Nachteil besteht gemäss BGG.</p>
--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	SV wird Prüfungskandidat vorgelegt. Welche Steuer kennen wir im Kanton Bern?	Grundstückgewinnsteuer, Handänderungssteuer. Frau X verkauft Stockwerkeigentum an Tochter. Man muss prüfen ob eine Ausnahme vorliegt im Handänderungsgesetz. Beim Erwerb des Grundstücks im Kanton Bern. Im vorliegenden Fall könnte die Ausnahme von Art. 12 des Handänderungsgesetzes zur Anwendung kommen.
		Wo ist die Handänderungssteuer geschuldet. Es geht in casu um zwei Geschäfte.	Beim Verkauf von Frau X an Tochter muss die Tochter eine Handänderungssteuer bezahlen.
		Wo ist die Grundstückgewinnsteuer geregelt?	Art. 126 ff Steuergesetz, dies ist eine rein kantonale Steuer, sie ist im Bund nicht geregelt.
		Bund erhebt keine Grundstückgewinnsteuer. Auch der Kanton Bern könnte auf eine Grundstückgewinnsteuer verzichten.	Kanton kann entscheiden ob dualistisches oder monistisches System. Können aber nicht vermischen.
		Wie würden sie Frau X in Bezug auf die Grundstückgewinnsteuer beraten?	Die Grundstückgewinnsteuer ist auf den Verkauf geschuldet. Man könnte den Aufschub prüfen. Denn grundsätzlich ist die Grundstückgewinnsteuer geschuldet, i.c. könnte aber ein Ersatzkauf vorliegen.
		Ist wirklich eine Grundstückgewinnsteuer geschuldet. Sind die Voraussetzungen dafür erfüllt?	Der Erlös muss höher sein als der Kaufpreis und die Anlagekosten.
		Wie viel ist der Erlös?	Erlöst ist Anlagekosten + Wertvermehrungen. Anlagekosten sind in Art. 124 Steuergesetz selbstgetragene Ausgaben.
		Aufwendungen zur Verbesserung der Liegenschaft müssen getrennt werden.	Unterhaltskosten sind nicht Anlagekosten nur wertvermehrende Kosten.
		Was sind Aufwendungen für Unterhalt?	Werterhaltende Ausgaben.
		Was für Arbeiten wurden i.c. gemacht, wertvermehrende oder werterhaltende?	Dies entscheidet die Dunant-Praxis.
		Im Jahr 2002 was konnte sie noch abziehen.	Die Dunant-Praxis galt für 5 Jahre, Sie konnte noch ein ½ Jahr abziehen.
		Wie sind die Kriterien, gelten sie für alle Liegenschaften?	Sie gelten für Liegenschaften im gleichen Zustand.
		Wie hat das Bundesgericht die Dunant-Praxis abgeschafft?	Sie wurde 2009 vom Bundesgericht abgeschafft. Sie wurde nicht mehr angewendet

		<p>Was sind die Anlagekosten im vorliegenden Fall?</p> <p>Wie ist der Rohgewinn?</p> <p>Gibt es Steuerfolgen bei der Veräusserung?</p> <p>Die Wohnung in Thun gehört Frau X, sie verkauft sie für 650'000. Löst dies Steuerfolgen aus?</p> <p>Wie viel beträgt der Grundstücksgewinn?</p> <p>Was muss beachtet werden?</p> <p>Was hat die Besitzesdauer für einen Einfluss?</p> <p>Wie prüfen sie die Besitzesdauer zu Gunsten von Frau X?</p> <p>Es gibt einen engen Konnex der zwei Geschäfte. Was ist störend?</p> <p>Was ist eine Ersatzbeschaffung?</p> <p>Was war im Kanton Bern?</p> <p>Was prüft man?</p>	<p>und von den Kantonen übernommen.</p> <p>820'000.00</p> <p>negativ</p> <p>Nein, es ist keine Grundstücksgewinnsteuer geschuldet.</p> <p>Dies hat Grundstücksgewinnsteuer zur Folge. Erlös von 650'000 minus Anlagekosten von 560'000.</p> <p>90'000 Rohgewinn</p> <p>0 Gewinn, daher – 70'000 Rohgewinn, Besitzesdauer dazurechnen (i.c. kurze Dauer).</p> <p>Die Besitzesdauer reduziert den Rohgewinn, dieser wiederum reduziert den steuerbaren Gewinn. In casu bleibt der steuerbare Gewinn bei 70'000. Wenn sie Wohnung weniger als 1 Jahr hätte müsste sie noch einen die Spekulationstaxe von 70% bezahlen.</p> <p>Liegt ein Steueraufschub vor, eine Ausnahme nach Art. 147 II StG</p> <p>Auf 800'000 musste sie keine Grundstücksgewinnsteuer zahlen weil Gewinn null war, später musste sie viel weniger bezahlen.</p> <p>Die Steuer wird dabei aufgeschoben.</p> <p>In Bern bezahlt sie keine Steuern, weil null oder – 20'000 Verkauf an Tochter, sie hat es natürlich unter dem Wert verkauft, weil es ihre Tochter ist.</p> <p>Man muss eine gemischte Schenkung prüfen.</p>
--	--	---	--